



Der Vorsitzende des
Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-4554
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Herr Weinert

Wiesbaden, 03.07.2014

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr
am Dienstag, 08. Juli 2014, um 17:30 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schloßplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 13.5.2014
2. 14-F-33-0069

Neubau Altes Arbeitsamt / Fertigstellung Stadtplatz
- Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 12.6.2014 -

Zur Vollendung der Gesamtgestaltung am Platz der deutschen Einheit – insbesondere des Stadtplatzes – ist die Niederlegung des sogenannten „Alten Arbeitsamtes“, das derzeit von der Elly-Heuss-Schule schulisch genutzt wird, sowie die Errichtung eines Ersatzbaus erforderlich. Dieses Anliegen hat die Stadtverordnetenversammlung bereits mit Beschluss Nr. 0325 vom 04.07.2013 im Grundsatz beschlossen.

Derzeit sind im städtischen Haushalt keine Finanzmittel zur Umsetzung des Vorhabens vorgesehen. Daher sind zunächst weitere Planungen und die Ermittlung der erforderlichen Finanzmittel zur Umsetzung des Vorhabens zu beauftragen.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. die SEG Stadtentwicklungsgesellschaft Wiesbaden mbH, die im Gesamtprojekt Platz der deutschen Einheit über jahrelange Vorkenntnisse verfügt, im Wege einer Inhouse-Vergabe mit einer Machbarkeitsstudie zu beauftragen.

Die Machbarkeitsstudie soll insbesondere folgende Punkte enthalten:

- Eine Schätzung der Kosten für die Niederlegung des „Alten Arbeitsamtes“, ggf. mit Vorschaltung eines Schadstoffgutachtens.
 - Die Entwicklung einer Vorentwurfsplanung für den Neubau zur schulischen Nutzung gem. Schulentwicklungsplan und zur gewerblichen Nutzung sowie einer Tiefgarage (bis LPH 3 HOAI) mit einer entsprechenden Kosten-berechnung; hierzu, ggf. unter Vorschaltung eines architektonischen Stegreif-Wettbewerbs.
 - Vergleichende Vorschläge für denkbare Finanzierungsmodelle für die schulisch erforderlichen Flächen inklusive erzielbarer Einnahmen aus den gewerblich genutzten Flächen sowie der Tiefgarage (z.B. im Falle des Verkaufs oder der langfristigen Verpachtung der gewerblich genutzten Flächen und der Tiefgarage). Dabei wird auch ein Modell unter Beibehaltung der schulisch genutzten Flächen im städtischen Eigentum erwartet.
 - Vorschläge, ob und wie das Projekt im Rahmen des Programms „Aktive Kernbereiche“ gefördert werden kann.
 - Die Entwicklung einer Konzeption zur temporären Sicherstellung des Schulbetriebs während einer Bauphase einschließlich einer Kostenschätzung hierzu.
2. mit der SEG eine Vorfinanzierung der Kosten für die Machbarkeitsstudie vertraglich zu verhandeln mit der Maßgabe, dass diese Kosten ggf. mit einem späteren Projektrealisierungsauftrag zu verrechnen sind oder – im Falle der Nichtbeauftragung – erst zu einem späteren Zeitpunkt zu zahlen sind.

3. 14-F-33-0071

Pendlerparkplätze

- Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 24.6.2014 -

Damit mehr Berufspendelnde dazu bewegt werden können, auf den ÖPNV umzusteigen, muss ihnen ein ihre Bedürfnisse berücksichtigendes Verkehrsmittel am richtigen Ort zur Verfügung stehen. Gerade in den Wiesbaden umschließenden Landkreisen bedarf dies jedoch eines deutlichen Ausbaus an öffentlichen Verkehrsangeboten, der derzeit nicht abzusehen ist.

Pendelnde, die daher mit dem eigenen Fahrzeug die tägliche Strecke nach Wiesbaden und zurück antreten, sollten dazu bewegt werden, ihr Auto am Stadtrand abzustellen und dort in das

öffentliche Verkehrssystem umzusteigen. Dafür sind zusätzliche und in ein Gesamtkonzept eingebundene Parkmöglichkeiten und Verkehrsanschlüsse einzurichten.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. zu prüfen, an welchen Stellen die Ausweisung von zusätzlichen Parkflächen als Pendler- oder Sammelparkplätze einen sinnvollen Beitrag zur Entlastung der städtischen Verkehrswege leisten können,
2. hierbei die vorhandenen Busverbindungen im städtischen Randverkehr in Streckenführung und Auslastung zu berücksichtigen und gegebenenfalls Konzepte zu erarbeiten, wie eine Erschließung möglicherweise geeigneter Flächen geleistet werden kann und diese Konzepte in die Planung zum Nahverkehrsplan aufzunehmen und zu berücksichtigen,
3. sofern diese Flächen außerhalb der Gemarkung der Landeshauptstadt liegen mit den jeweiligen Gebietskörperschaften hierüber Gespräche aufzunehmen mit dem Ziel eines auf einander abgestimmten Vorgehens sowie
4. hierüber im Ausschuss Planung, Bau und Verkehr unmittelbar nach Vorlage erster Ergebnisse zu berichten.

4. 14-F-03-0071

Radweg Platz der Deutschen Einheit

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26.6.2014 -

Die Gesamtverbindung Friedrichstraße - Elsässer Platz ist eine wichtige innerstädtische Hauptachse für den Radverkehr.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird daher gebeten:

1. eine Querung für den Radverkehr über den Platz der deutschen Einheit - wenn auch provisorisch - herzustellen,
2. geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um die Querung aus der Friedrichstraße auf den Platz der deutschen Einheit über die Schwalbacher Straße verkehrssicherer zu gestalten,
3. die Fahrradstraße Bertram-/Goebenstraße gemäß Beschluss 0129 vom 25. Juni 2013 endlich zu realisieren.

5. 14-F-08-0041

Stadtentwicklung im Westen von Mainz-Kastel - Konversionsflächen für Wohnbebauung nutzen!
- Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 2.7.2014 -

Unbestritten besteht im Raum Mainz-Wiesbaden ein wachsender Bedarf an Wohnraum, insbesondere für Menschen, die nicht über große Vermögen oder hohe Einkommen verfügen. Es ist auch unbestritten, dass gerade in dicht besiedelten Gebieten, mit bereits hohen Belastungen an Verkehrslärm und Emissionen, nicht noch weitere naturnahe Flächen verbaut werden sollten. Hingegen sollten mögliche Konversionsflächen genutzt und einer sozial und ökologisch verträglichen Wohnbebauung zugeführt werden. Gerade im Westen Kastels scheint ein großes Entwicklungspotential für neue Wohnnutzungen zu liegen. Für das Gelände „Kastel Housing Area“ und andere Flächen wurden bereits Veränderungssperren erlassen. Für den an den Stadtteil Mainz-Amöneburg angrenzenden Bereich wurden dem Ortsbeirat Mainz-Kastel im April 2014 von der Fachverwaltung vielversprechende Entwicklungsmöglichkeiten vorgestellt.

Der Ausschuss möge deshalb beschließen:

Im Bereich „Mainz-Kastel West“ (dem Bereich zwischen Biebricher Straße (Ortsbezirk Mainz-Kastel), Wiesbadener Straße zwischen Einmündung Biebricher Straße und „Kastel Housing Area“, von dort bis zur Bahnlinie, diese entlang bis zur Ortsbezirksgrenze mit Mainz-Amöneburg und diese entlang bis zur Biebricher Straße) sollte keine weitere Ausdehnung gewerblicher Nutzung erfolgen, insbesondere sollte eine weitere Ansiedlung von Bordellbetrieben verhindert werden. Stattdessen sollen die Möglichkeiten für Wohnbebauung ausgeweitet werden. Die dafür erforderlichen baurechtlichen Maßnahmen sind zeitnah einzuleiten.

Der Ausschuss nimmt zur Kenntnis, dass dies auch der einstimmig gefassten aktuellen Beschlusslage des Ortsbeirats Mainz-Kastel entspricht.

Der Magistrat möge die im Ortsbeirat Mainz-Kastel vorgestellten städtebaulichen Entwicklungsskizzen zum Bereich „Mainz-Kastel West“ dem Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr (unter Einbeziehung etwaiger weiter aktualisierter Planungen) in seiner nächsten Sitzung vorstellen.

6. 14-F-05-0009

Radarkontrollen des Ordnungsamtes
- Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 16.6.2014 -

Der Wiesbadener Kurier berichtete am 6. Juni 2014, dass die Dienstanweisung „03/2014“ vorsehe, „dass nur Messstellen angefahren werden, die eine überdurchschnittliche Verwarnungszahl ermöglichen.“ Das zuständige Dezernat begründete dies mit den „Einnahmeerwartungen“ im Haushalt.

Hieraus entsteht die Gefahr, dass in Zukunft nicht mehr die Messstellen angefahren werden, an denen die Einhaltung der Geschwindigkeit von besonderer Bedeutung ist (z.B. vor Schulen, KiTas, bekannten Unfallschwerpunkten und Seniorenheimen), sondern Messstellen auf besonders stark befahrenen Straßen. So werden Verkehrssicherheit und Stadtsäckel gegeneinander ausgespielt.

Der Ausschuss wolle beschließen:

1. Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

- a. wie häufig und an welchen Stellen das Ordnungsamt im Jahr 2013 mobile Radarkontrollen durchführte.
 - b. wie hoch die Erlöse, Aufwendungen und Haushaltsansätze aus der mobilen Radarüberwachung in den Jahren 2010 bis 2013 waren.
 - c. auf welchen Grundlagen die Standorte der mobilen Radaranlagen festgelegt werden.
 - d. Welche Konsequenzen die Dienstanweisung 03/2014 konkret auf die Auswahl der Messstationen und die Häufigkeit des Anfahrens dieser hat.
2. Der Magistrat wird aufgefordert, den Schwerpunkt der mobilen Kontrollen auch weiterhin auf Messstellen zu legen, die von herausragender Bedeutung für die Verkehrssicherheit und nicht primär zur Einnahmeverbesserung geeignet sind.

7. 14-F-08-0035 ANLAGE

Masterplan für die Entwicklung der Hochschule Rhein-Main
- *Beschluss des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr vom 13.5.2014* -

8. 14-V-61-0018 DL 37/14-2

Wohngebiet "Hainweg" im Ortsbezirk Nordenstadt
- Beschluss über den städtebaulichen Rahmenplan nach § 1 Abs. 6 Nr. 11 BauGB -

9. 14-V-61-0019 DL 37/14-3

Bebauungsplan "Hainweg" im Ortsbezirk Nordenstadt
- Aufstellungsbeschluss -

10. 14-V-04-0014 DL 40/14-1

NTB - Reaktivierung der Aartalbahn

11. 14-F-03-0070

Fahrradparkhaus in der City-Passage

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 5.6.2014 -

Sichere und trockene Fahrradabstellmöglichkeiten fehlen in der Innenstadt. Die Neugestaltung der City-Passage böte die Möglichkeit dort ein Fahrradparkhaus zu integrieren. Insbesondere für Nutzer von Elektrofahrrädern wäre ein sicheres Parken mit der Möglichkeit den Akku aufzuladen zukünftig ein gutes Argument mit dem Rad in die Stadt zum Einkaufen zu fahren.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

mit der SEG in Kontakt zu treten, um die Möglichkeiten zu erörtern in der City-Passage ein Fahrradparkhaus zu integrieren und dafür die entsprechenden Finanzmittel zur Verfügung zu stellen.

12. 14-F-03-0072

König-Adolf-Straße für Radverkehr in Gegenrichtung freigeben

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26.6.2014 -

Die König-Adolf-Straße ist ein Teilstück der wichtigen Radverkehrsverbindung Innenstadt - Sonnenberg über den Kurpark. Die Straße ist eine Einbahnstraße und somit in Richtung Sonnenberg nur illegal für den Radverkehr nutzbar.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird daher gebeten,

die König-Adolf-Straße für den Radverkehr in Gegenrichtung freizugeben, um eine bessere Anbindung von der Innenstadt nach Sonnenberg zu schaffen.

13. 14-F-03-0073

Flächenbedarf für Infrastruktur

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26.6.2014 -

Am 21. März 2013 hat die Stadtverordnetenversammlung beschlossen, dass ein Bericht zu den Infrastrukturanforderungen, die durch neue Wohngebiete entstehen, erfolgt.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

zu berichten, wann der Bericht zu den Infrastrukturanforderungen laut Beschluss Nr. 0122 vom 21. März 2013 vorliegen wird.

14. 14-F-03-0074

Förderung des Umweltverbunds

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26.6.2014 -

1. Europäische Mobilitätswoche / Verkehrswendefest:

Das Verkehrswendebündnis plant mit verschiedenen Partnern auch 2014 wieder ein Verkehrswendefest. Es findet am 21. September im Rahmen der Europäischen Mobilitätswoche vom 16. – 22. September 2014 zum dritten Mal an der Ringkirche statt. Dies ist wieder mit großem Aufwand und Kosten verbunden. Finanzielle und ideelle Unterstützung auch seitens der Stadt Wiesbaden wäre dringend geboten.

2. „Fahr zur Aar“:

Seit 13 Jahre erfreut sich das Radlerevent „Fahr zur Aar“ großer Beliebtheit bei Jung und Alt. Dieses Jahr traten 20.000 Teilnehmer/innen in die Pedalen. Die Strecke ist familieneeignet, da sie weitgehend eben ist. Für Radler/innen aus Wiesbaden ist jedoch eine Hürde zu überwinden. Um zum Startpunkt in Taunusstein-Bleidenstadt zu gelangen müssen sie rund 400 Höhenmeter bewältigen. Nicht jede/r Radfahrer/in ist dazu in der Lage oder hat Lust dazu.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. die Europäische Mobilitätswoche mit folgenden Maßnahmen zu unterstützen:

1.1. Das Verkehrswendefest des Verkehrswendebündnisses Wiesbaden finanziell und ideell zu unterstützen, indem

- a. ein nennenswerter Zuschuss zu den Gesamtkosten geleistet wird und
- b. das Verkehrsdezernat sich an dem Fest inhaltlich und personell beteiligt

1.2. ein „autofreier Tag“, beispielsweise mit einer Sperrung des 1. und / oder 2. Rings durchgeführt wird.

- 2. Mit ESWE-Verkehr in Verbindung zu treten, um zur „Fahr zur Aar“ 2015 einen Buspendelverkehr mit Fahrradmitnahme von der Wiesbadener Innenstadt bis Bleidenstadt einzurichten.
- 3. Mit ESWE-Verkehr weiterhin zu prüfen, ob eine erweiterte Radmitnahme an Wochenenden zu bestimmten Ausflugszielen, z.B. Platte, auf Resonanz stoßen würde.

15. 14-F-03-0075

Vorgärten Gründerzeitviertel

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen 26.6.2014 -

Am 14. Juni berichtete Wiesbadener Tagblatt / Kurier über einen Baustopp für Parkplätze in einem Vorgarten in der Rauenthaler Straße.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

zu berichten, wie mit den vielen bereits in der Vergangenheit illegal zu Parkplätzen umgewandelten Vorgärten umgegangen werden soll.

16. 14-F-03-0076

Wäschbachaue

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26.6.2014 -

Laut Bericht vom 31. Juli 2013 (Beschluss Nr. 0127 vom 25.06.2013) sind noch keine Maßnahmen zur Renaturierung der Wäschbachaue erfolgt.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird daher gebeten,

- den Ämtern die Flächen in der Wäschbachaue zuzuweisen,
- die Planung für die Renaturierung durchzuführen,
- den Grünzug in der Wäschbachaue komplett herzustellen.

17. 14-F-05-0010

Entwicklung des Gerichtsareals

- Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 30.6.2014 -

Im April 2014 berichtete Herr Oberbürgermeister Sven Gerich (SPD) der FAZ (Rhein-Main-Zeitung), dass derzeit Gespräche mit dem Land Hessen, der Hochschule Fresenius und einem dritten Partner geführt würden. Verwaltung, Hochschule und ein Studentenwohnheim sollten sich den Platz teilen. Ein Letter of Intent sei „in wenigen Wochen unterschriftsreif“. Außerdem werde die Stadt innerhalb eines Jahres einen neuen Bebauungsplan aufstellen, der die neue Nutzung ermögliche.

Der Ausschuss wolle beschließen:

1. Der Magistrat wird gebeten, zu berichten,
 - a. wie weit die Verhandlungen zwischen den Partnern vorangeschritten sind,
 - b. wann mit einer Vorstellung der neuen Pläne in den städtischen Gremien zu rechnen ist,
 - c. ob die Aufstellung eines Bebauungsplanes innerhalb von 9 Monaten realistisch ist.

18. 14-F-08-0042

„Toleranzzonen“ und Stadtentwicklung
- Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 2.7.2014 -

Im Zusammenhang mit einem Bauantrag zur Errichtung weiterer Bordellbetriebe im Bereich „Mainz-Kastel West“ wurde deutlich, dass die im Jahre 1979/80 erlassene „Verordnung zum Schutze der Jugend und des öffentlichen Anstands“ („SperrgebietsVO_RPDA“) dringend einer Aktualisierung bedarf. Die in dieser Verordnung ausgewiesenen „Toleranzzonen“ für Bordellbetriebe in Wiesbaden umfassen heute in erheblichem Maße Teile der Wohnbebauung von Biebrich und Mainz-Kastel.

Der Ausschuss möge deshalb beschließen:

Der Magistrat möge darlegen, wie diese Verordnung verändert werden müsste, um die Zulässigkeit von Bordellbetrieben in Wohn- und Mischgebieten auszuschließen, und einen entsprechenden Vorschlag unterbreiten, mit dem dies erreicht werden kann.

19. Verschiedenes

Tagesordnung II

- | | | |
|----|--|---------------|
| 1. | 14-V-10-0012 | DL 33/14-1 |
| | Neubau Haus der Vereine Dotzheim - Ausführungsvorlage | |
| 2. | 14-V-20-0026 | DL 32/14-3 |
| | Investitionscontrolling 1. Quartal 2014 | |
| 3. | 14-V-20-0032 | DL 32/14-4 |
| | Vorlage der durch den Stadtkämmerer bis 31.03.2014 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben | |
| 4. | 14-V-20-0042 | DL 38/14-1 NÖ |
| | Neuordnung der Verkehrsbetriebe | |
| 5. | 14-V-36-0002 | DL 32/14-5 |
| | Hochwasserschutz an Rhein und Main in Wiesbaden | |
| 6. | 14-V-40-0016 | DL 32/14-6 |

Ausführungsvorlage Adalbert-Stifter-Schule; Erweiterung für Betreuung und Mehrzügigkeit

7. **14-V-41-0001** **DL 32/14-5 NÖ**
Erbbaurechtsvertrag Wasserturm Schlachthof
8. **14-V-63-0006** **DL 32/14-10**
Wiesbaden-Schierstein, Schneebergstraße 19, Neubau Kindertagesstätte mit 4 Elementargruppen mit 4 x 20 Kindern, 2 Kinderkrippengruppen 2 x 10 Kindern und 5 Pkw-Stellplätzen
9. **14-V-63-0007** **DL 39/14-4**
Erich-Ollenhauer-Straße 15, Wiesbaden, Bauantrag Neubau Pflegeheim mit 48 Pflegeplätzen, 4 altengerechten Wohnungen und 9 Stellplätzen
10. **14-V-63-0012** **DL 32/14-6 NÖ**
Zuschüsse der LHW zur Unterstützung privater Denkmalpflege-Projekte in Wiesbaden
11. **14-V-63-0013** **ANLAGE**
Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Gestaltungsbeirates am 4. Juni 2014
12. **14-V-66-0203** **DL 36/14-3**
Elisabethenstraße - Wiesbaden-Delkenheim - Ausbau Radwegeverbindung
13. **14-V-66-0306** **DL 36/14-4**
B 263 (Mainzer Straße)-Abstufung autobahnparalleler Bundesstraßen zu Kreisstraßen
14. **14-V-66-0307** **DL 33/14-6**
Neubau einer Treppe zur Kreuzbergstraße im Zuge des Zick-Zack-Weges in Wiesbaden Sonnenberg
15. **14-V-66-0308** **DL 39/14-5, 37/14-4**

Wilfried-Ries-Straße - Mitfinanzierung nach der Grunderneuerung von Hessen Mobil

16. 14-V-66-0501 DL 39/14-1 NÖ, 38/14-3 NÖ

Baulandumlegung 91 "Östlich der Anna-Birle-Straße" in Mainz-Kastel, Vorwegnahme der Entscheidung gemäß § 76 BauGB - Beschluss Nr. 76

17. 14-V-80-2314 DL 32/14-7 NÖ

Grundstückserwerb im Rahmen eines Vorkaufsrechtes Gemarkung Nordenstadt, Hainweg - Vertragliche Anpassung einer Nachzahlungsklausel -

18. 14-V-80-2315 DL 39/14-2 NÖ, 38/14-4 NÖ

Ankauf von Grundstücken

19. 14-V-80-2316 DL 33/14-2 NÖ

Verzeichnis der vom 1. Januar 2014 bis 31. März 2014 genehmigten Grundstücksvorlagen

20. 14-V-80-2318 DL 39/14-3 NÖ

Wiesbaden-Biebrich, Rheingaustraße 147 und 147 e - ehem. Zollamt und Zollspeicher - Erklärung zum Kaufvertrag

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Kessler
Vorsitzender